

IM GESPRÄCH

„Die Politiker als Schuldige“

Carina Reiter vertritt im Nationalrat den Wahlkreis Pongau, Pinzgau und Lungau. Im Interview resümiert sie zu ihrer bisherigen Tätigkeit und den aktuellen Herausforderungen in der Politik.

Seit Oktober 2019 ist Carina Reiter Nationalrätin der ÖVP. Die 32-jährige ist auch als Gemeindevertreterin in Pfarrwerfen engagiert, „das erdet mich“, so Reiter. Die PN trafen sie dort zum Gespräch.

Redaktion: Was sagen Sie zum Rücktritt von Gesundheitsminister Rudolf Anschober (Grüne)?

Carina Reiter: Der Rücktritt war für ihn aus gesundheitlicher Sicht sicher eine gute Entscheidung. Sein Nachfolger hat als Arzt gute Voraussetzungen für diesen harten Job.

Vieles an Wortmeldungen der Opposition in den vergangenen Wochen hat eindeutig Grenzen überschritten. Der Ton in sogenannten sozialen Medien gegenüber Verantwortlichen in der Politik ist generell rauer geworden.

Etwas, das Sie auch für sich beobachten?

Ja, obwohl ich mich sicherlich nur in der hinteren Reihe befinde. Schnell werden abfällige Nachrichten geschrieben und als Frau beobachte ich zusätzlich noch unqualifizierte Äußerungen, wie etwa „die soll besser häkeln gehen“. Manche Menschen sehen Politiker als abgehobene Wesen, egal aus welcher Partei sie kommen. Wenn es Menschen schlechter geht, sind halt leichter einmal „die Politiker“ schuld daran. Übersehen wird da vielleicht einmal, dass wir uns extrem bemühen und unsere Arbeit gut machen wollen, dass etwa Minister derzeit harte Knochenjobs mit 16-Stunden-Tagen schieben.

Sie sind nun gut eineinhalb Jahre im Nationalrat vertreten. Ihr Resümee?

Natürlich ist die Arbeit stark überschattet von Corona. Der Austausch mit Menschen aus der



Die Pfarrwerfenerin Carina Reiter ist als Abgeordnete zum Nationalrat gut vernetzt, unter anderem ist sie Bezirksgeschäftsführerin der ÖVP Pinzgau und im Landesvorstand der ÖVP. BILD: SALZBURGER VOLKSPARTEI

Basis ist schwierig. Auch der Austausch der Abgeordneten untereinander ist leider eingeschränkt. Gerade das Zwischenmenschliche fehlt auch hier extrem. Doch trotzdem ist vieles passiert und unsere Politik hat vieles bewirkt. Ich versuche mich auch immer für Anliegen aus unserer Region – wie etwa die Unterstützung einer Bürgermeister-Petition für Schülertransporte – starkzumachen. Gerade in unseren Tälern ist es oft schwierig, passende rechtliche Lösungen für diese Probleme zu finden.

Sie engagieren sich auch für die Anliegen unserer kleinstrukturierten Landwirtschaft, die teilweise ums Überleben kämpft?

Ja, ich bin ja auch bei den Jungbauern aktiv und wir haben ein Positionspapier erstellt, mit dem wir unsere Forderungen zu Papier gebracht haben, um unseren Standpunkt für die Verhandlungen zur GAP (Gemeinsame Agrarpolitik) klar zu definieren und weiterzutragen. Es geht um gerechte Mittelverteilung, um öko-

logische, soziale und wirtschaftliche Herausforderungen, um Ausgleichszahlungen. Die Beibehaltung bzw. Stärkung der Existenzgründungsbeihilfe für junge Hofübernehmer und Hofübernehmerinnen ist mir sehr wichtig. Dafür fallen oft hohe Investitionen an, die es zu stemmen gilt.

Sie wurden jüngst zur Obfrau der bilateralen parlamentarischen Gruppe Österreich – Dänemark, Island und Norwegen gewählt. Was bedeutet das für unsere Region?

Das ist eine parlamentarische Freundschaftsgruppe und es ehrt mich sehr, dass ich hier – unter 100 Abgeordneten – ausgewählt wurde, diesen Vorsitz zu übernehmen. Unsere Regionen haben teilweise viele Überschneidungen und Ähnlichkeiten, in manchen gibt es Vorreiterrollen, etwa bei der Energieproduktion oder bei der Entwicklung von Arbeitsplätzen in der ländlichen Region.

Hier hat Salzburg einen dringenden Handlungsbedarf?

Ja, ich denke, da ist noch viel Luft nach oben. Vieles könnte noch dezentraler organisiert werden, Ämter in die Bezirke ausgelagert werden. Potenzial gibt es hier auch auf Bundesebene. Warum muss beispielsweise das Institut für Bergbauern in Wien sitzen?

Hierzu tauschen Sie sich mit diesen Ländern aus?

Ja, neben einem virtuellen Austausch wollen wir uns persönlich einmal in der Gesetzgebungsperiode treffen. Der Pongau hat sich ja etwa als bioökonomische Modellregion beworben, das kann eine spannende Entwicklungschance für die Region sein. Wir werden uns noch mehr vernetzen, auch jetzt zum Vorgehen während der Coronapandemie.

Wir haben viele Gemeinsamkeiten bei EU-Themen, Demokratiefragen, in der Integration, bei der Elektromobilität oder im Bereich des Klimaschutzes.

Viele Menschen sind der Pandemie müde geworden bzw. haben existenzielle Probleme. Haben Sie hier vielleicht noch eine gute Nachricht?

Wir alle hoffen auf das baldige Aufsperrn und auf EU-weite Regelungen für die Grenzöffnungen im Sommer. Damit auch wirklich Gäste kommen können.

Bei der Einreichung des Europäischen Wiederaufbaufonds haben wir darauf geschaut. Wirtschaftstreibende der Regionen sollen besonders unterstützt werden. Ideen aus den Bereichen Forschung, Wissenschaft, Wirtschaft, Sozialpartner und NGOs wurden hierfür eingereicht.

Die Gelder wären beispielsweise für die Schaffung von Arbeitsplätzen, Maßnahmen im Bereich von Digitalisierung und Ökologisierung sowie für Steuererleichterungen in Österreich gedacht.

Maria Riedler